



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 221-91709

Fax: (0221) 221-26592

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 06.01.2014

Niederschrift

über die **32. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 16.12.2013, 15:00 Uhr bis 15:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Efsan Kara	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE
Herr Markus Wiener	pro Köln

Sachkundige Bürgerin

Frau Renate Domke auf Vorschlag der FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Löwisch auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln

Herr Thor-Geir Zimmermann DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helga Schlapka SPD

Frau Christel Tank	pro Köln
Herr Ulf Florian	auf Vorschlag der SPD
Herr Patric Sobieralski	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geyszel	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Frank Hauser	auf Vorschlag der Grünen
Herr Berthold Bronisz	DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
---------------------	-----------

Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver

Schriftführer

Herr Ralf Droske

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Helmut Metten	GRÜNE
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP
Herr Stephan Wieneritsch	FDP

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

- 1.1 Sechster Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln
3498/2013
- 1.2 Parken im Bereich des Tanzbrunnens im Rheinpark
Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 13.09.2013, AN/1263/2012
und Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 30.09.2013
3570/2013

1.3 Erweiterung Dialogschule in Köln-Buchheim
3736/2013

1.4 Solarenergie auf städtischen Dächern
Ratsbeschluss vom 14.09.2010, TOP 10.7
3963/2013

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Mitteilung über zurückgewiesene Eingaben

2.1.2 Vorgebirgstraße

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Anregung einer transparenten Darstellung der politischen Zugehörigkeit der leitenden städtischen Verwaltungsebene (02-1600-04/13)
2349/2013

3.2 Einrichtung von Car-Sharing-Parkplätzen
3285/2013

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Sechster Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln 3498/2013

Kenntnis genommen.

1.2 Parken im Bereich des Tanzbrunnens im Rheinpark Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 13.09.2013, AN/1263/2012 und Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Be- schwerden vom 30.09.2013 3570/2013

Herr Fischer, Grüne, kritisiert die Antwort der Verwaltung. Er sieht die Frage des Ausschusses nicht ausreichend beantwortet. Aus seiner Sicht sei das Parken auf dem Tanzbrunnen-Gelände rechtswidrig. Daher bittet er die Verwaltung um ergänzende Information, auf welcher Rechtsgrundlage sich die Genehmigung zur Freigabe als Parkfläche stützt und wie den Belangen von Denkmalschutz und Landschaftsschutz Rechnung getragen wird.

Herr Schneider, SPD, unterstützt diese Kritik. Er bittet die Verwaltung um Erläuterung.

Der Ausschussvorsitzende Herr Thelen bittet die Verwaltung, zur nächsten Sitzung dem Ausschusses dazu persönlich Rede und Antwort zu stehen.

Die Mitteilung wird zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

1.3 Erweiterung Dialogschule in Köln-Buchheim 3736/2013

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Schneider, SPD, bittet zu beachten, dass das Ansinnen des Ausschusses war, mit den Petenten und der Fachverwaltung zu beraten, welche Auswirkungen auf die Verkehrssituation nach Inbetriebnahme der Schule zu erwarten sind und wie mögliche Probleme entschärft werden können. Er erwarte daher, dass das Thema wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt wird.

Die Verwaltung (Herr Rothe und Herr Droske) erklärt dazu, dass noch keine weiteren Erkenntnisse vorliegen. Die Pflicht zur Erstellung des Verkehrsgutachtens liege beim Betreiber der Schule. Solange dieser das Gutachten nicht vorlege, werde eine weitere Ausweitung des Schulbetriebs nicht genehmigt.

1.4 Solarenergie auf städtischen Dächern Ratsbeschluss vom 14.09.2010, TOP 10.7 3963/2013

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Mitteilung über zurückgewiesene Eingaben

Herr Kretschmer teilt mit, dass er über die Ablehnung der Verwaltung zu einer Beschwerde an die Geschäftsstelle für Anregungen und Beschwerden informiert worden sei, über die der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bislang keine schriftliche Mitteilung erhalten habe.

Herr Dr. Höver teilt mit, dass die Verwaltung grundsätzlich in den nach der Hauptsatzung geregelten Fällen eine Mitteilung an den Ausschuss über zurückgewiesene Eingaben erstelle. Er sichert eine Überprüfung des Vorgangs (Beschwerde wegen Versagung einer Gewerbeerlaubnis und Versagung der Einbürgerung) zu.

2.1.2 Vorgebirgstraße

Herr Fischer, Grüne, bittet um Sachstandsmitteilung zu der Eingabe „Verkehrsbelastung in der Vorgebirgstraße“ an den Ausschuss und die Petenten.

Herr Rothe sagt dies für die nächste Sitzung zu.

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Anregung einer transparenten Darstellung der politischen Zugehörigkeit der leitenden städtischen Verwaltungsebene (02-1600-04/13) 2349/2013

Der Petent hat sich entschuldigt. Er ist verhindert.

Für die Verwaltung nimmt Herr van Leyen vom Personal- und Organisationsamt Stellung.

Herr Schneider, SPD, unterstützt die Auffassung der Verwaltung und den Beschlussvorschlag. Er fragt aber, warum die Eingabe erst nach 11 Monaten in den Ausschuss gelange.

Herr Kretschmer, Grüne, kann das Anliegen des Petenten, aber auch das Ergebnis der Verwaltung nachvollziehen. Er möchte das Anliegen daher gerne als Appell zu politischer Transparenz verstanden wissen. Das Verwaltungshandeln sollte aber stets politisch neutral sein. Er unterstütze den Beschlussvorschlag, um die Persönlichkeitsrechte der Einzelnen zu schützen und unangemessener Transparenz vorzubeugen.

Herr Wiener, Pro Köln, begrüßt die Anregung des Petenten und hält die Bewertung des Vorschlags nur aus rechtlicher Sicht nicht für ausreichend. In der Praxis würde die

Parteizugehörigkeit eine bedeutende Rolle spielen, beispielsweise bei der Besetzung von Amtsleiterposten. Daher sei die Stellungnahme der Verwaltung reine Theorie.

Herr Pohl, CDU, bezweifelt, dass die Anregung wirklich ernst gemeint sei. Er halte sie eher für eine Provokation. Der von Herrn Kretschmer geäußerte Appell zur freiwilligen Transparenz sollte an den Oberbürgermeister gerichtet werden.

Herr Droske erklärt, dass der Stadtdirektor das Thema sehr sorgfältig hat prüfen lassen. Dabei waren alle Geschäftsbereiche betroffen. Der Stadtdirektor habe auch bei seinen Beigeordneten-Kolleginnen und -Kollegen für eine freiwillige Transparenz geworben, deren politische Zugehörigkeit in der Regel öffentlich bekannt ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Anregung. Der Ausschuss folgt aber der Argumentation der Verwaltung und lehnt die Anregung ab.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt, gegen Pro Köln.

**3.2 Einrichtung von Car-Sharing-Parkplätzen
3285/2013**

Der Petent ist nicht anwesend.

Für die Verwaltung steht Herr Rothe für Fragen zur Verfügung.

Herr Thelen erklärt, dass er sich die Situation vor Ort angesehen habe und keinen Anlass für ein Einschreiten gesehen habe.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss sieht jedoch die bereits am 19.01.2010 vom Verkehrsausschuss beschlossenen Kriterien für die Vergabe von Car-Sharing-Stellplätzen als hinreichend überprüft und abgestimmt an, um den Parkdruck der Anwohner, insbesondere in der Innenstadt, langfristig wirksam zu verringern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Gez. Thelen
Vorsitzender

gez. Droske
Schriftführer